

# HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE



Halle gegen Rechts | Große Klausstraße 11 | 06108 Halle

An die Fraktionen der

CDU,  
SPD,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
DIE LINKE  
und ihre Mitglieder

im Landtag von Sachsen-Anhalt

**per Mail**

**Halle gegen Rechts –  
Bündnis für Zivilcourage**  
Große Klausstraße 11  
06108 Halle (Saale)

**Sprecher\*innenkreis**  
kontakt@halle-gegen-rechts.de

Büro: 0345 / 27 98 07 10  
www.halle-gegen-rechts.de  
www.fb.com/HallegegenRechts  
www.twitter.com/halgr

Halle, den 26. August 2019

## **Stellungnahme zum Antrag der AfD Drucksache 7/4748**

Sehr geehrte Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt,

hiermit nehmen wir Stellung zu dem oben genannten Antrag der rechtsextremen AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Erneut liegt Ihnen ein Antrag der AfD-Fraktion vor, „Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage“ keine Fördermittel des Bundes und des Landes zu gewähren und die bereits erhaltene Förderung der Jahre 2018 und 2019 zurückzufordern. Ein vergleichbarer Antrag (LT-Drs. 7/3480) wurde im vergangenen Jahr durch den Landtag abgelehnt. Sie erhalten als Anlage nochmals unsere damalige Stellungnahme<sup>1</sup> anbei.

In der Begründung ihres Antrags bezieht sich die AfD-Fraktion wieder auf die „Bildungswochen gegen Rassismus“, deren Darstellung Sie ausführlich unserer Stellungnahme aus dem vergangenen Jahr entnehmen können. Bei den Bildungswochen 2018 beanstandet sie die Beteiligung unserer Bündnismitglieder SDS.MLU (Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband) und VVN-BDA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten). Soweit sie Posts des SDS.MLU anführt, in denen er sich für den Kommunismus und das ehemalige soziokulturelle-Zentrum „Hasi“ ausspricht, weisen wir darauf hin, dass beide Forderungen im demokratischen Rechtsstaat natürlich zulässig sind. Sowohl SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als auch DIE LINKE sind mit ihren Gliederungen, Jugendorganisationen und (ihnen nahestehenden) Hochschulgruppen in Halle (Saale) Mitglieder unseres Bündnisses und vertreten in der Öffentlichkeit ihre Positionen. Dabei macht sich das Bündnis diese nicht automatisch zu eigen und versteht sich, anders als einzelne seiner Mitglieder, als bürgerliches Bündnis. Entscheidend ist, dass sich alle Mitglieder dem Selbstverständnis<sup>2</sup> von Halle

<sup>1</sup> <https://www.halle-gegen-rechts.de/attachments/article/367/Stellungnahme%20zum%20Antrag%20der%20AfD%20.pdf>

<sup>2</sup> <https://www.halle-gegen-rechts.de/wir/selbstverstaendnis.html>

## HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE

gegen Rechts verpflichten und damit den zentralen Grundsätzen der Gewaltfreiheit und des Einsatzes für eine lebendige Demokratie. In der kontroversen Debatte um das ehemalige soziokulturelle Zentrum „Hasi“ hat sich der SDS.MLU, wie das Bündnis und andere Institutionen und Personen in der Stadt (darunter der Intendant des neuen theaters und der Direktor der Franckeschen Stiftungen), für dessen Erhalt ausgesprochen. Mit Blick auf den VVN-BDA Sachsen-Anhalt ist erneut festzuhalten, dass dieser nicht durch den Verfassungsschutz beobachtet wird und wichtige Beiträge in der Auseinandersetzung mit dem historischen Nationalsozialismus und der gegenwärtigen extremen Rechten leistet. Die Beteiligung unserer Bündnismitglieder an den Bildungswochen 2018 ist weder geeignet, die Behauptung von der Finanzierung von „Feinden der Demokratie“ zu belegen, noch eine Rückforderung der erhaltenen Förderung aus Landesmitteln zu begründen. Im Übrigen weisen wir die diffamierenden Vorwürfe gegen unsere Mitglieder zurück.

Die AfD-Fraktion gibt im Weiteren der Begründung den Minister für Bildung unzutreffend wieder. Der Minister hatte im vergangenen Jahr weder ein anderes Prüfverfahren für die Förderung aus Landesmitteln angekündigt, noch eine Notwendigkeit für eine erhöhte Sensibilität begründet, wie dies durch die AfD-Fraktion unter Angabe der Drucksachennummer ihres eigenen Antrags behauptet wird. Tatsächlich hatte der Minister mit Blick auf die Beteiligung der „Interventionistischen Linken Halle“ (IL Halle) an den Bildungswochen 2017 ausgeführt, dass die Förderung des Landes dennoch nicht zurückzufordern sei und an die Verantwortung der Akteure vor Ort appelliert. Im Wortlaut „Um eine vergleichbare Situation für die Zukunft auszuschließen – da bin ich mir sehr sicher – werden zukünftig alle Akteure des demokratischen Spektrums noch sensibler prüfen, wer ihre Kooperationspartner sind.“ (Stenografischer Bericht 7/58 - 25.10.2018, TOP 15, Seite 45). Wir haben in unserer Stellungnahme 2018 dargestellt, weswegen wir – wie viele andere Organisationen und Dachverbände – die derzeitigen Kriterien für die Fördermittelvergabe mit Blick auf den unscharfen „Linksextremismusbegriff“ kritisieren. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die „IL Halle“ an den Bildungswochen 2018 nicht beteiligt war.

Zudem behauptet die AfD-Fraktion „eine Vernetzung in die linksxtremistische Szene“, die sich von der Partei DIE LINKE in das Bündnis erstreckt. Dabei bezieht sich die AfD-Fraktion in der Begründung ihres Antrags auf einen Vortrag von Valentin Hacken am 6. Juli 2019 in Wien. Valentin Hacken ist seit mehreren Jahren Mitglied des Sprecher\*innenkreises von Halle gegen Rechts und seit verganginem Jahr nebenberuflich Mitarbeiter der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Henriette Quade, MdL. Zunächst stellen wir

## HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE

fest, dass Henriette Quade, wie andere Landes- und Bundespolitiker\_innen (darunter Dr. Katja Pähle, Fraktionsvorsitzende SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, MdL, Sebastian Striegel, MdL, Wolfgang Aldag, MdL, Hendrik Lange, MdL, Dr. Karamba Diaby, MdB, Dr. Petra Sitte, MdB), selbständig in unserem Bündnis und auf unseren Veranstaltungen aktiv ist. Sie wird nicht durch ihre Mitarbeiter vertreten.

Der Vortrag am 6. Juli 2019 in Wien wurde durch die „Plattform Radikale Linke“ veranstaltet, die Einladung ist bei facebook öffentlich einsehbar.<sup>3</sup> Unser Sprecher hat dort das rechtsextreme Hausprojekt der „Identitären Bewegung“ in der Adam-Kuckhoff-Straße 16 in Halle (Saale), sowie die bestehenden Vernetzungen zu anderen Akteur\_innen der extremen Rechten, darunter der AfD, dargestellt sowie die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem rechtsextremen Hausprojekt. Im Anschluss wurden die Gegenproteste gegen einen geplanten Aufmarsch der „Identitären Bewegung“ am 20. Juli 2019 in Halle (Saale) vorgestellt. Dabei hat unser Sprecher für den in unserem Selbstverständnis festgehaltenen Aktionskonsens der Gewaltfreiheit geworben. Es bestand und besteht keine Zusammenarbeit von Halle gegen Rechts mit der „Plattform Radikale Linke“, oder einzelnen der dort zusammengeschlossenen Gruppen. Für die Reise wurden keine Fördermittel des Bundes oder des Landes verwendet, es wurden keine Gelder gleich welcher Herkunft weitergegeben. Die Kampagne zu den Protesten am 20. Juli 2019 „Identitäre stoppen! Für Solidarität ohne Grenzen“ wurde, wie die Proteste, nicht durch das Land Sachsen-Anhalt gefördert. Gleichwohl wurden mit der Werbung für gewaltfreien Protest und für eine demokratische Gesellschaft die Förderziele sowohl des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ als auch des Landesprogramms verwirklicht.

Am 20. Juli 2019 fanden in Halle (Saale) Proteste gegen einen geplanten Aufmarsch der „Identitären Bewegung“ statt, an denen sich mehr als 3.000 Menschen beteiligt haben und gewaltfrei die extrem Rechten blockiert. Das Bündnis hat dazu die o.g. Kampagne<sup>4</sup> organisiert und zu gewaltfreien Protesten aufgerufen. Gleichzeitig gehörte das Bündnis – neben dem Friedenskreis Halle e.V., der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., der Bürgerstiftung Halle und dem Evangelischen Kirchenkreis Halle-Saalkreis – zu den Einladenden eines von der Stadt Halle (Saale) und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg veranstalteten Bürgerfests für Demokratie am selben Tag. Die Proteste des Bündnisses wurden u.a. durch den Generalsekretär der SPD, Lars Klingbeil, eröffnet. Was die AfD-Fraktion hier als „Aufmarsch“ bezeichnet, beschrieb die Mitteldeutsche Zeitung so: *„Halle wollte am Samstag mit einer bunten Vielfalt ein Zeichen für Weltoffenheit und Toleranz setzen - und genau dieses Ziel ist*

<sup>3</sup> <https://www.facebook.com/events/632671820544204/>

<sup>4</sup> [www.identitaere-stoppen.de](http://www.identitaere-stoppen.de)

## HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE

*eindrucksvoll gelungen. Es waren keine verummten Extremisten, die nach dem Wochenende in Erinnerung bleiben. Vielmehr hat die Stadtgesellschaft Gesicht gezeigt: überwiegend friedlich und dennoch bestimmt. Straßenschlachten wie in anderen Städten hat es zum Glück nicht gegeben. Das spricht für die Besonnenheit der Organisatoren, denen es gelungen ist, Tausende zu mobilisieren. Sie haben den Rechten die Grenzen aufgezeigt. Die vielen Aktionen [...] waren erfolgreich und dürften als Blaupause für die Zukunft dienen. [...] Und so ging ein bemerkenswerter Tag in Halle ruhig zu Ende, was auch überregional für Anerkennung sorgte.“<sup>5</sup>*

Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage und seine Mitglieder stehen für eine plurale Gesellschaft, lebendige Demokratie und den entschlossenen Kampf gegen die extreme Rechte, Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt ein und setzen dazu auf gewaltfreien Protest und zivilen Ungehorsam. Dafür streitet das Bündnis fortlaufend und setzt sich mit seinem Selbstverständnis und seinen Aktionen beispielgebend und – wie zuletzt die Proteste am 20. Juli 2019 gezeigt haben – wirksam für eine Gesellschaft ein, in der die Menschenrechte jeder und jedes Einzelnen zählen. Der ebenfalls von dem Antrag betroffene Friedenskreis Halle e.V. nimmt entsprechend des Übereinkommens der Mitglieder des Bündnisses derzeit die rechtliche Trägerschaft für das Bündnis wahr. Er setzt sich mit einer Vielzahl von Projekten prononciert für Gewaltfreiheit und Friedensarbeit ein.

Zuletzt weisen wir darauf hin, dass ein Beschluss des Antrags der AfD-Fraktion in seiner vorliegenden Form aus verfassungsrechtlicher Perspektive rechtswidrig wäre (keine Zuständigkeit des Landes für Bundesmittel) und nach hiesiger Auffassung die Rückforderung von Fördermitteln des Landes einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten würde. Der Antrag der AfD-Fraktion reiht sich somit in eine Reihe von Einschüchterungsversuchen und Diffamierungen zivilgesellschaftlicher Akteuer\_innen ein, welche die AfD zutreffend als extrem rechte Partei mit einem faschistischen Flügel benennen und sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

Mit freundlichen Grüßen

Christof Starke  
Mitglied im Sprecher\*innenkreis

Georg Schütze  
Mitglied im Sprecher\*innenkreis

---

<sup>5</sup> Mitteldeutsche Zeitung Halle/Saalekreis vom 22.07.2019, Seite 9